

Bekanntmachung

Über die Einfuhr von Salzfrischen, Klippfrischen und Fischrogen.
Bom 5. April 1916.

Auf Grund des § 3 Absatz 2 der Verordnung des Bundesrats über die Einfuhr von Salzheringen vom 17. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 45) in der Fassung der Verordnung vom 4. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 234) wird folgendes bestimmt:

Artikel I. Die Vorschriften der Verordnung des Bundesrats über die Einfuhr von Salzheringen vom 17. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 45) in der Fassung der Verordnung vom 4. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 234) werden auf Salzfrische, Klippfrische und Fischrogen ausgedehnt.

Artikel II. Diese Bestimmung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 5. April 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Kauff.

Ausführungsbestimmungen

Über die Einfuhr von Salzheringen usw. Bom 5. April 1916.

Auf Grund des § 2 der Verordnung des Bundesrats über die Einfuhr von Salzheringen vom 17. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 45) in der Fassung der Verordnung vom 4. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 234) und auf Grund der Bekanntmachung über die Einfuhr von Salzfrischen, Klippfrischen und Fischrogen vom 5. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 237) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Salzheringe, Salzfrische, Klippfrische und Fischrogen, die nach dem Inkrafttreten dieser Bestimmungen aus dem Ausland eingeführt werden, dürfen nur durch die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft m. b. H. in Berlin oder mit ihrer Genehmigung in den Verkehr gebracht werden. Wer nach diesem Zeitpunkt Waren der im § 1 genannten Art aus dem Auslande einführt, hat sie an die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft zu verkaufen und zu liefern.

Als Einführender im Sinne dieser Bestimmung gilt, wer nach Eingang der Ware im Inlande zur Verfügung über sie für eigene oder fremde Rechnung berechtigt ist. Befindet sich der Verfügungsberechtigte nicht im Inlande, so tritt an seine Stelle der Empfänger.

§ 2. Wer aus dem Auslande Waren der im § 1 genannten Art einführt, ist verpflichtet, der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft unter Angabe von Menge, Art, Einkaufspreis und Bestimmungsort unverzüglich nach der im Auslande erfolgten Verladung Anzeige zu erstatten, auch alle sonst handelsüblichen Mitteilungen an die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft weiterzuleiten. Er hat den Eingang der Ware und deren Aufbewahrungsort der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft unverzüglich anzuzeigen. Die Anzeigen und Mitteilungen erfolgen durch eingeschriebenen Brief. Dabei ist, wenn möglich, ein von der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft vorgeschriebener Bordruck zu benutzen.

§ 3. Wer aus dem Auslande Waren der im § 1 genannten Art einführt, hat die Ware bis zur Abnahme durch die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns zu behandeln, in handelsüblicher Weise zu versichern und auf Abruf nach den Anweisungen der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft zu verladen. Er hat sie auf Verlangen der Gesellschaft an einem von dieser zu bestimmenden Orte zur Verfügbung zu stellen.

§ 4. Die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft hat sich unverzüglich nach Empfang der Anzeige von der Einfuhr, und wenn eine Befichtigung vorgenommen wird, unverzüglich nach der Befichtigung zu erklären, ob sie die Waren übernehmen will.

§ 5. Die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft setzt den Uebernahmepreis für die von ihr abgenommenen Waren endgültig fest.

Erfolgt die Uebernahme nicht freiwillig, so wird das Eigentum auf Antrag der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft durch Anordnung der zuständigen Behörde auf die Gesellschaft oder die von ihr im Antrag bezeichneten Personen übertragen. Die Anordnung ist an den zur Uebernahme Verpflichteten zu richten. Das Eigentum geht über, sobald die Anordnung ihm zugeht.

§ 6. Die Abnahme hat auf Verlangen des Verpflichteten spätestens binnen vierzehn Tagen von dem Tage ab zu erfolgen, an dem der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft das Verlangen zugeht. Erfolgt die Abnahme innerhalb der Frist nicht, so geht die Gefahr des Unterganges und der Verschlechterung auf die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft über, und der Kaufpreis ist von diesem Zeitpunkt ab mit 1 vom Hundert über den jeweiligen Reichsbankdiskontsatz zu verzinsen. Die Zahlung erfolgt spätestens vierzehn Tage nach Abnahme.

§ 7. Alle Streitigkeiten, die sich zwischen den Beteiligten über die Lieferung, Behandlung, Aufbewahrung, Versicherung und den Eigentumsübergang ergeben, entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig.

Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als höhere Verwaltungsbehörde im Sinne dieser Bestimmung anzusehen ist.

§ 8. Ausgenommen von diesen Bestimmungen sind geringfügige Mengen, die als Reisebedarf oder im Grenzverkehr aus dem Ausland eingeführt werden, sofern die Einfuhr nicht zu Handelszwecken erfolgt.

§ 9. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Mark wird bestraft, wer den Vorschriften im Sinne des § 1, § 2 Satz 1 bis 3 oder § 3 zuwiderhandelt.

Bei Zuwiderhandlungen gegen die Anzeige- und Lieferungs-pflicht können neben der Strafe die Waren, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, eingezogen werden, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 10. Diese Bekanntmachung tritt am Tage der Verkündung in Kraft. Die Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung des Bundesrats über die Einfuhr von Salzheringen vom 23. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 59) treten mit dem gleichen Tage außer Kraft.

Berlin, den 5. April 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Kauff.

Bekanntmachung.

Ausführungsbestimmungen zur Verordnung des Bundesrats über die Einfuhr von Salzheringen. Bom 14. April 1916.

Auf Grund des § 7 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 5. April 1916, betreffend Ausführungsbestimmungen über die Einfuhr von Salzheringen usw. vom 5. April 1916 wird bestimmt:

Zuständige Behörde ist das Großherzogliche Kreisamt, höhere Verwaltungsbehörde der Provinzialaußenstelle.

Darmstadt, den 14. April 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Homberg.

Bekanntmachung

über die Durchfuhr von Salzheringen usw. Bom 5. April 1916.

Auf Grund des § 3 Absatz 1 Satz 2 der Verordnung des Bundesrats über die Einfuhr von Salzheringen vom 17. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 45) in der Fassung der Verordnung vom 4. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 234) wird folgendes bestimmt:

Artikel I. Die Durchfuhr von Salzheringen, Salzfrischen, Klippfrischen und Fischrogen über die Grenzen des Deutschen Reichs ist bis auf weiteres verboten.

Artikel II. Diese Bestimmung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Die Bekanntmachung über die Durchfuhr von Salzheringen nach den besetzten Gebieten Rußlands vom 30. März 1916 (Reichs-Anzeiger Nr. 78) tritt mit dem gleichen Tage außer Kraft.

Berlin, den 5. April 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Kauff.

Bekanntmachung

betreffend die verlängerten Prioritätsfristen. Bom 8. April 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

Im § 1 Abs. 1 der Verordnung, betreffend die Verlängerung der im Artikel 4 der revidierten Pariser Uebereinkunft zum Schutze des geistlichen Eigentums vom 2. Juni 1911 vorgesehenen Prioritätsfristen, vom 7. Mai 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 272) werden die Worte „längstens aber bis zum 30. Juni 1916“ gestrichen.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 8. April 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: v. Sonquidres.

Berichtigung.

In der am 5. ds. Mts. veröffentlichten Anweisung des Kriegsausschusses für pflanzliche und tierische Öle und Fette über die Postrennung, Behandlung, Verpackung, Bezeichnung und Verfestung von Rohsetten muß es zu I. 1) heißen: „Rohsette im Sinne dieser Verordnung sind die Innenfette (Nierenfett ohne Fleischnieren usw.).“

Berlin, 8. April 1916.

Der Kriegsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette
D. Weigelt. ppa. Bessel.

Bekanntmachung

über den Verkehr mit Verbrauchszucker. Vom 10. April 1916.
Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Zur Regelung des Verkehrs mit Verbrauchszucker (Zucker) wird eine Reichszuckerstelle errichtet. Sie ist eine Behörde und besteht aus einem Vorsitzenden, einem oder mehreren stellvertretenden Vorsitzenden und einer vom Reichskanzler zu bestimmenden Anzahl von Mitgliedern.

Der Vorsitzende und die stellvertretenden Vorsitzenden sowie die Mitglieder werden vom Reichskanzler ernannt.

Die Aufsicht führt der Reichskanzler. Er erläßt die näheren Bestimmungen.

§ 2. Die Reichszuckerstelle hat für die Verteilung der Zuckervorräte auf die Kommunalverbände (§§ 3 bis 9), gewerblichen und sonstigen Betriebe (§ 10) sowie auf die Heeresverwaltungen und die Marineverwaltung (§ 11) zu sorgen.

§ 3. Der Reichskanzler bestimmt die Grundsätze für die Bemessung des Zuckerverbrauchs der Zivilbevölkerung. Dabei ist der Bedarf für die Obstverwertung im Haushalt zu berücksichtigen. Er bestimmt ferner, nach welchen Grundsätzen die in den einzelnen Kommunalverbänden vorhandenen Vorräte anzurechnen sind.

§ 4. Die Reichszuckerstelle überweist den Kommunalverbänden Bezugsscheine über die Zuckermengen, die gemäß § 3 auf jeden Kommunalverband entfallen. Die Landeszentralbehörden können besondere Vermittlungsstellen errichten, die die auf die Kommunalverbände ihres Bezirkes entfallende Gesamtmenge unterteilen.

Die Kommunalverbände können den auf sie entfallenden Zucker selbst beziehen oder die Bezugsscheine an den Handel weitergeben.

§ 5. Die Kommunalverbände haben den Verbrauch von Zucker in ihrem Bezirke zu regeln, soweit nicht die §§ 10 und 11 Anwendung finden. Sie können insbesondere vorschreiben, daß Zucker an Verbraucher nur gegen Zuckerkarten abgegeben werden darf. Aus den auf die Kommunalverbände nach §§ 3 und 4 entfallenden Mengen ist auch der Bedarf der Gasthäuser, Bädererien und Konditoreien zu decken.

Die Landeszentralbehörden können die Art der Regelung vorschreiben.

Die Verbrauchsregelung greift nicht Platz gegenüber Personen, die von den Heeresverwaltungen und der Marineverwaltung mit Zucker versorgt werden.

§ 6. Die Kommunalverbände haben Höchstpreise für den Verkauf an die Verbraucher festzusetzen. Die Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. August 1914 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 516) in Verbindung mit den Bekanntmachungen vom 21. Januar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 25) und vom 23. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 603).

§ 7. Die Kommunalverbände können die künstliche Ueberlassung des in ihren Bezirken vorhandenen Zuckers an sich oder an die von ihnen benannten Stellen oder Personen verlangen. Dies gilt nicht für die im § 14 Absatz 2 genannten Vorräte. Erfolgt die Ueberlassung nicht freiwillig, so kann das Eigentum durch Beschluß der zuständigen Behörde übertragen werden. Das Eigentum geht über, sobald der Beschluß dem Besitzer zugeht.

Der Uebernahmepreis wird unter Berücksichtigung des Höchstpreises und der Beschaffenheit des Zuckers von der höheren Verwaltungsbehörde endgültig festgesetzt.

§ 8. Die Kommunalverbände haben der Reichszuckerstelle auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Die Reichszuckerstelle ist befugt, mit den Landesvermittlungsstellen und, wo solche nicht bestehen, mit den Kommunalverbänden unmittelbar zu verkehren.

§ 9. Die Kommunalverbände können den Gemeinden die Regelung des Zuckerverbrauchs für den Bezirk der Gemeinde übertragen. Gemeinden, die nach der letzten Volkszählung mehr als 10 000 Einwohner hatten, können die Uebertragung verlangen.

Soweit die Regelung den Gemeinden übertragen wird, gelten die §§ 4 bis 8 und 15 für die Gemeinden entsprechend.

§ 10. Der Reichskanzler bestimmt, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen Zucker in gewerblichen und sonstigen näher zu bezeichnenden Betrieben mit Ausnahme der im § 5 Absatz 2 genannten bezogen und verwendet werden darf. Er ist namentlich auch befugt, die nach den Verordnungen vom 16. Dezember 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 821) und vom 28. Februar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 126) für gewerbliche Betriebe, in denen Süßigkeiten oder Schokolade oder beides hergestellt werden, zur Verarbeitung zugelassenen Zuckermengen anderweit festzusetzen.

Die Reichszuckerstelle erteilt die erforderlichen Bezugsscheine.

Wer Zucker gewerblich verarbeiten will, hat die zur Ermittlung seines Zuckeranteils erforderlichen Angaben der Reichszuckerstelle zu machen. Dies gilt nicht für die im § 5 Absatz 2 genannten Betriebe.

§ 11. Die Reichszuckerstelle erteilt die Bezugsscheine für Lieferungen von Zucker an die Heeresverwaltungen und die Marineverwaltung. Der Reichskanzler trifft die näheren Bestimmungen.

§ 12. Die Hersteller von Zucker haben den Weisungen der Reichszuckerstelle zu entsprechen. Sie dürfen Zucker nur nach den

Anweisungen der Reichszuckerstelle oder gegen Bezugsscheine abgeben. Im weiteren Verkehr darf Zucker lediglich gegen Bezugsscheine abgegeben und bezogen werden, soweit nicht die Kommunalverbände für ihren Bezirk nach § 5 Absatz 1 ein anderes bestimmen. Der Handel mit Bezugsscheinen ist verboten.

Die Hersteller von Zucker sind verpflichtet, Zucker an die von der Reichszuckerstelle benannten Abnehmer zu liefern.

Die Reichszuckerstelle erläßt die näheren Bestimmungen; sie kann insbesondere die Bedingungen der Lieferung festlegen.

§ 13. Für die Ausstellung der Bezugsscheine erhebt die Reichszuckerstelle eine Gebühr. Die nähere Bestimmung trifft der Reichskanzler.

§ 14. Wer mit Beginn des 25. April 1916 Zucker in Gewahrsam hat, hat bis zum 26. April 1916 den Vorrat nach Mengen und Eigentümern der zuständigen Behörde des Lagerungsorts anzuzeigen. Die Anzeige über Vorräte, die zu dieser Zeit unterwegs sind, ist unverzüglich nach deren Empfang von dem Empfänger zu erstatten.

Die Anzeigepflicht erstreckt sich nicht auf:

a) Zucker, der im Eigentum des Reichs, eines Bundesstaats oder Elsaß-Lothringens, insbesondere in den Eigentümern der Heeresverwaltungen und der Marineverwaltung steht;

b) Zucker, der im Eigentum der Zentral-Einkaufsgesellschaft steht;

c) Zucker, der im Gewahrsam von Zuckerfabriken ist;

d) Zuckervorräte, die insgesamt 10 Kilogramm nicht übersteigen.

Der Reichskanzler erläßt die näheren Bestimmungen. Er kann Wiederholungen der Anzeige anordnen.

§ 15. Die Beauftragten der Kommunalverbände und der Reichszuckerstelle sind befugt, in die Räume der ihrer Regelung unterliegenden Betriebe einzutreten, Aufschlüsse einzuholen und von Geschäftsaufzeichnungen Einsicht zu nehmen. Sie sind verpflichtet, über die Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse, die hierbei zu ihrer Kenntnis kommen, Verschwiegenheit zu beobachten.

§ 16. Die zuständige Behörde kann Betriebe schließen, deren Unternehmer oder Leiter sich in Verletzung der Pflichten, die ihnen durch diese Verordnung und die zu ihrer Ausführung erlassenen Bestimmungen auferlegt sind, unzuverlässig zeigen. Gegen die Verfügung ist Beschwerde zulässig. Ueber die Beschwerde entscheidet endgültig die höhere Verwaltungsbehörde. Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 17. Der Reichskanzler kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

§ 18. Die Landeszentralbehörden erlassen die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung, soweit sie nicht vom Reichskanzler oder von der Reichszuckerstelle zu treffen sind. Sie können anordnen, daß die den Kommunalverbänden und Gemeinden übertragenen Befugnisse anstatt durch die Kommunalverbände und Gemeinden durch deren Vorstand wahrgenommen werden. Sie bestimmen, wer als höhere Verwaltungsbehörde, zuständige Behörde, Kommunalverband, Gemeinde, Vorstand des Kommunalverbandes und Gemeindevorstand im Sinne dieser Verordnung anzusehen ist.

§ 19. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfzehntausend Mark wird bestraft:

1. wer den auf Grund der §§ 5, 9, des § 10 Satz 1 und § 18 Satz 1 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt,

2. wer vorsätzlich die nach den §§ 10 und 14 erforderlichen Anzeigen innerhalb der gesetzten Frist nicht erstattet oder wissentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht,

3. wer den Vorschriften des § 12 oder den auf Grund des § 12 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt,

4. wer den Vorschriften des § 15 zuwider Verschwiegenheit nicht beobachtet oder der Mitteilung oder Verwertung von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen sich nicht enthält.

Im Falle der Nr. 4 tritt Verfolgung nur auf Antrag des Unternehmers ein.

Neben der Strafe kann Zucker, der bei einer Bestandsaufnahme nicht oder nicht richtig angegeben worden ist, eingezogen werden.

§ 20. Die Verordnung tritt mit Ausnahme des § 12 Abs. 1 Satz 3 mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens des § 12 Absatz 1 Satz 3 sowie den Zeitpunkt des Außerkrafttretens der Verordnung. Berlin, den 10. April 1916.

Der Reichskanzler.

v. Bethmann Hollweg.

Ausführungsbestimmungen

zu der Verordnung über den Verkehr mit Verbrauchszucker vom 10. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 261). Vom 12. April 1916.

Auf Grund der Verordnung über den Verkehr mit Verbrauchszucker vom 10. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 261) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Der Regelung des Verbrauchs durch die Kommunalverbände ist bis auf weiteres eine Zuckermenge von 1 kg monatlich für den Kopf der Bevölkerung zugrunde zu legen. Dabei sind die Personen, die von den Heeresverwaltungen und der Marineverwaltung mit Zucker versorgt werden, außer Betracht zu lassen.

Auf die dem einzelnen Kommunalverbände hiernach zustehende Gesamtmenge (Bedarfsanteil) werden die am 25. April 1916 in seinem Bezirk vorhandenen Vorräte angerechnet, soweit sie der

Anzeigepflicht unterliegen. Nicht angerechnet werden Vorräte der unter die §§ 2 und 4 dieser Ausführungsbestimmungen fallenden Betriebe. Die Reichszuckerstelle kann weitere Ausnahmen zulassen.

§ 2. Die Bestimmung darüber, in welchem Umfang und unter welchen Bedingungen Zucker in gewerblichen Betrieben, mit Ausnahme der Gasthäuser, Bäckereien und Konditoreien, zur Herstellung von Nahrungs-, Genuss- und Heilmitteln bezogen und verwendet werden darf, bleibt vorbehalten. Bis auf weiteres erteilt die Reichszuckerstelle Bezugscheine auf Grund einer vorläufigen Prüfung der nach § 10 Abs. 3 der Verordnung über den Verkehr mit Verbrauchszucker gemachten Angaben.

Den gewerblichen Betrieben stehen gleich landwirtschaftliche Betriebe, in denen Nahrungs-, Genuss- und Heilmittel zum Zwecke der Weiterveräußerung bereitet werden.

Für die Verwendung von Zucker zu anderen technischen Zwecken gilt § 2 der Verordnung über die Verwendung von Verbrauchszucker vom 3. Februar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 82).

§ 3. Ueber den Bezug und die Verwendung von Zucker haben die Zuckererzeuger (§ 2) und zu führen, insbesondere darüber, in welchen Mengen, von wem und wann sie Zucker bezogen, in welchen Mengen und zu welchem Zwecke sie Zucker verarbeitet haben und wieviel sie unverarbeitet besitzen.

§ 4. Zucker haben ihren Bedarf an Zucker zur Bienenfütterung, soweit er nicht durch unversteuerten Zucker gedeckt wird, der von der Landeszentralbehörde zu bestimmenden Stelle anzuzeigen. Diese hat die Anmeldung zu prüfen und der Reichszuckerstelle einzureichen. Die Reichszuckerstelle bestimmt, in welcher Höhe der angemeldete Bedarf gedeckt werden soll, und stellt Bezugscheine aus.

§ 5. Zucker, der auf Grund der §§ 2 und 4 bezogen wird, darf nicht an andere abgegeben werden. Die Reichszuckerstelle kann Ausnahmen zulassen.

§ 6. Wer Zucker im Handel abgibt, hat über Bezug und Abgabe Buch zu führen.

Dies gilt nicht, soweit Zucker unmittelbar an Verbraucher nach den Vorschriften der Kommunalverbände abgegeben wird.

§ 7. Die im § 14 Abs. 1 der Verordnung über den Verkehr mit Verbrauchszucker vorgeschriebene Bestandsaufnahme geschieht gemeindeweise durch die Ortsbehörden nach dem als Anlage 1 beigefügten Muster*) (Ortsliste). Die Ortsbehörden haben die ausgefüllten Ortslisten dem Kommunalverbände bis zum 28. April 1916 einzureichen. Die Kommunalverbände haben bis zum 30. April 1916 eine Zusammenstellung der in ihrem Bezirke vorhandenen Vorräte nach dem als Anlage 2 beigefügten Muster*) der Reichszuckerstelle einzureichen.

Die Erstellung der Ortslisten (Anlage 1) liegt den Kommunalverbänden ob. Die Liste für die Zusammenstellung der Kommunalverbände (Anlage 2) wird von der Reichszuckerstelle übersandt.

§ 8. Wer Zucker in einem unter § 2 fallenden Betriebe verwenden will, hat zur Ermittlung seines Zuckeranteils der Reichszuckerstelle bis zum 30. April 1916 Art und Umfang des Betriebes anzumelden und anzuzeigen, welche Mengen und Arten von Festigwaren er in der Zeit vom 1. Oktober 1914 bis zum 30. September 1915, vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1915 sowie vom 1. Januar bis 31. März 1916 hergestellt hat, welche Mengen und Arten von Rohstoffen, insbesondere welche Mengen Zucker er hierzu verwendet hat, und welche Mengen von Festigwaren, Rohstoffen und Zucker er am 25. April 1916 in Gewahrsam hat. Zucker, der am 25. April 1916 unterwegs ist, ist unverzüglich nach dem Empfänger vom Empfänger der Reichszuckerstelle anzuzeigen.

Soweit Aufzeichnungen fehlen, sind Schätzungen zulässig. Die Anzeige hat auf einem von der Reichszuckerstelle zu bestimmenden Fragebogen zu erfolgen.

§ 9. Für die Ausstellung der Bezugscheine ist von den Antragstellern eine Gebühr von 10 Pfennig für jeden Doppelsentner Zucker zu entrichten. Die Reichszuckerstelle kann die Ausstellung der Bezugscheine von der vorherigen Einsendung der Gebühr abhängig machen.

Berlin, den 12. April 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Freiherr von Stein.

*) Die Muster sind hier nicht mitabgedruckt.

Bekanntmachung

Über den Verkehr mit Verbrauchszucker. Vom 14. April 1916.

Auf Grund der §§ 4 und 18 der Verordnung des Bundesrats über den Verkehr mit Verbrauchszucker vom 10. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 261) und § 4 der Ausführungsbestimmungen vom 12. April 1916 wird folgendes bestimmt:

§ 1. Im Sinne der Verordnung ist anzusehen:

- als höhere Verwaltungsbehörde der Provinzialausschuss,
- als zuständige Behörde das Kreisamt,
- als Kommunalverband der Kreis,
- als Gemeinde jeder im Sinne des § 1 der Städte- und Landgemeindeordnung gebildete Verband,
- als Vorstand des Kommunalverbandes der Kreisrat,
- als Gemeindevorstand in Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern der Oberbürgermeister, in den übrigen Städten der Bürgermeister, in den Landgemeinden die Groß- Bürgermeisterei.

§ 2. Die den Kommunalverbänden und Gemeinden übertragenen Befugnisse werden anstatt durch die Kommunalverbände und Gemeinden durch deren Vorstand wahrgenommen.

§ 3. Die Einkaufsgesellschaft für das Großherzogtum Hessen m. b. H. in Mainz wird als besondere Vermittlungsstelle mit der Unterverteilung der auf das Großherzogtum entfallenden Gesamtmenge auf die Kommunalverbände beauftragt. Ihr ist auch der Bedarf der Zucker an Zucker zur Bienenfütterung, soweit er nicht durch unversteuerten Zucker gedeckt wird (§ 4 der Ausführungsbestimmungen) anzuzeigen.

§ 4. Diese Bestimmungen treten mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Darmstadt, den 14. April 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Sombertgl.

Bekanntmachung

über die Rohfett-Übernahmepreise. Vom 11. April 1916.

Auf Grund des § 5 Satz 1 der Verordnung des Bundesrats über Rohfett vom 16. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 165) werden die Höchstgrenzen für die Rohfett-Übernahmepreise wie folgt festgesetzt:

1. Für frisches Rinderfett:	
Preisklasse I (Rohfettanteil von einem Schlachttier von mehr als 25 kg) . . .	1,53 M. für 1/2 kg
" II (von mehr als 10 bis 25 kg) . . .	1,22 " " "
" III (von mehr als 5 bis 10 kg) . . .	0,82 " " "
" IV (von 5 kg und darunter) . . .	0,51 " " "
2. Für die übrigen Rinder- und Schaffette:	
1. Frisches Schaffett . . .	1,22 M. für 1/2 kg
2. Nicht frisches Rinderfett . . .	0,51 " " "
3. Nicht frisches Schaffett . . .	0,51 " " "
4. Abfallefett (die beim Reinigen und Schleimen der Därme gewonnenen Fette) . . .	0,51 " " "
5. Fettbroden, soweit sie sich beim Verkauf von Fleisch ergeben . . .	0,51 " " "

Berlin, den 11. April 1916.

Der Reichskanzler.

Im Auftrage: Raub.

Bekanntmachung.

Der durch Verordnung des Reichskanzlers vom 6. April 1916 ins Leben gerufene Kriegsaussschuss für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel hat unterm 11. ds. Mts. durch Wolffs Telegraphen-Bureau den Zeitungen einen Hinweis auf die aus der erwähnten Verordnung sich ergebende Verpflichtung der als Eigentümer, Lagerhalter oder sonst in Betracht kommenden zur sofortigen Anmeldung der Kaffee- und Teebestände zum Abdruck übermittelt. Der Abdruck ist indes in manchen Fällen unterblieben, in anderen nur unvollständig erfolgt, die und da auch nicht hinreichend beachtet worden. Die Anmeldung, die sofort geschieden sollte, ist in sehr zahlreichen Fällen unterlassen worden. Voraussetzung für die Erfüllung der uns übertragenen überaus wichtigen Aufgaben ist aber in erster Linie eine vollständige Bestandsaufnahme. Wir bitten deshalb die Verwaltungsvorstände der Kommunalverbände gefl. unverzüglich die Veröffentlichung der in einigen Abdrucken beigefügten kurzen Mitteilung in den Organen der Kommunalverbände in Form einer amtlichen Anzeige zu veranlassen und uns, soweit tunlich, je eine Belegnummer zu übermitteln.

Berlin B 9, 13. April 1916.

Kriegsaussschuss

für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H.

Bekanntmachung

betreffend Fleischversorgung; hier: die Errichtung einer Landesfleischstelle. Vom 12. April 1916.

Zu den in § 1 unserer Bekanntmachung vom 6. April 1916 aufgeführten sieben Mitgliedern der Landesfleischstelle hat noch ein weiteres, vom Großh. Ministerium des Innern zu ernennendes Mitglied hinzuzutreten.

Darmstadt, den 12. April 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.
v. Sombertgl.

Stellvertretendes Generalkommando des XVIII. Armee-Korps.
Abt. III b T.-Nr. 2475/608. Frankfurt a. M., 9. Febr. 1916.

Verordnung

betreffend Meldepflicht der Arbeitsnachweise.

Auf Grund der §§ 4 und 9 des Gesetzes über den Beschäftigungszustand vom 4. 6. 1851, sowie des Gesetzes, betreffend Änderung dieses Gesetzes vom 11. 12. 15 bestimmte ich:

1. Dem von einer Gemeinde, einem weiteren Kommunalverbände oder von einem Bundesstaat errichteten oder unmittelbar unterstützten Arbeitsnachweise haben die übrigen an dem Geschäftsführer oder in dem wirtschaftlichen Bezirk des gemeindlichen uzw. nachweisbar tätigen, nicht gewerbsmäßig betriebenen Arbeitsnachweise zweimal wöchentlich an den Tagen, an denen dem Kaiserlichen Statistischen Amt Meldung erstattet wird, schriftlich (unter Benennung des Vorbruders) oder telephonisch die Zahl der Arbeitsgesuche und offenen Stellen mitzuteilen, die sie bis

zum Zeitpunkt der Mitteilung nicht erledigen konnten und vor-
ausichtlich binnen weiteren zwei Tagen nicht erledigen können.

2. Diese Vorschriften finden auf Arbeitsnachweise für kaufmännische, technische und Bureau-Angehörige sowie auf Arbeitsnachweise, die von der Militär-, zweimal wöchentlich an das Kaiserliche Statistische Amt in Berlin Meldung zu erstatten, durch die Landeszentralbehörde befreit sind, keine Anwendung.

3. Die nicht gewerbsmäßig betriebenen Arbeitsnachweise sind außerdem verpflichtet, auf Ansuchen der gewöhnlichen u. s. w. Arbeitsnachweise und der Landes- und Provinzialarbeitsnachweisverbände weitere Aufschlüsse zu erteilen, soweit diese verlangt werden, um einen genaueren Überblick über die Lage des Arbeitsmarktes zu erhalten. Welche Aufschlüsse sind von den Arbeitsnachweis-Zentralauskunftsstellen der Landes- und Provinzialarbeitsnachweisverbänden auf deren Ansuchen zu erteilen.

4. Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, bei Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Der Kommandierende General (gez.): Freiherr von Gall,
General der Infanterie.

Bekanntmachung.

An Stelle der durch Bekanntmachung vom 5. November 1914 (Geiz. Anz. Nr. 261 vom 6. 11. 15) veröffentlichten Verordnung ist nachstehende getreten; alle Ortspolizeibehörden werden angewiesen, darauf zu achten, daß sie genau befolgt wird, bei Uebertretung ist unnachlässig Anzeige zu erheben.

Die größte Sorgfalt ist der Führung der Listen zuzuwenden (§ 5), in die alle Ausländer aufzunehmen sind. (Zweckmäßig nach Nationalitäten getrennt.)

Gießen, den 16. Dezember 1915.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

XVIII. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando.

Abt. III b. Tgb.-Nr. 25 300/11 831.

Frankfurt a. M., den 7. Dezember 1915.

Betr.: Anmeldepflicht der Ausländer.

Verordnung.

An die Stelle der Verordnung vom 27. 10. 1914 — III b Nr. 36 852/2621 — betr. Anmeldepflicht der Ausländer tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1916 folgende Verordnung:

Auf Grund der §§ 4 und 9 des Gesetzes über den Befahrungszustand vom 4. Juni 1851 bestimme ich:

§ 1. Jeder über 15 Jahre alte Ausländer hat sich binnen 12 Stunden nach seiner Ankunft am Aufenthaltsort unter Vorlegung seines Passes oder des seine Stelle vertretenden behördlichen Ausweises (§ 1 Abs. 2 und § 2 Abs. 2 der Kaiserlichen Verordnung vom 16. Dezember 1914, R.G.B. S. 251) bei der Ortspolizeibehörde (Reviervorstand) persönlich anzumelden.

Ueber Tag und Stunde der Anmeldung macht die Polizeibehörde auf dem Paß unter Bedrückung des Amtssiegels einen Vermerk.

§ 2. Desgleichen hat jeder Ausländer der im § 1 bezeichneten Art, der seinen Aufenthaltsort verläßt, sich binnen 24 Stunden vor der Abreise bei der Ortspolizeibehörde (Polizeirevier) unter Vorlegung seines Passes oder des seine Stelle vertretenden behördlichen Ausweises und unter Angabe des Reisezieles persönlich abzumelden.

Der Tag der Abreise und das Reiseziel wird von der Ortspolizeibehörde wiederum auf dem Paße vermerkt.

§ 3. Jedermann, der einen Ausländer entgeltlich oder unentgeltlich in seiner Behausung oder in seinen gewerblichen und dergl. Räumen (Wohnhäusern, Pensionen u. s. w.) aufnimmt, ist verpflichtet, sich über die Erfüllung der Vorschriften im § 1 spätestens 12 Stunden nach der Aufnahme des Ausländers zu vergewissern und im Falle der Nichterfüllung der Ortspolizeibehörde sofort Mitteilung zu machen.

§ 4. An- und Abmeldung gemäß § 1 und 2 kann miteinander verbunden werden, wenn der Aufenthalt des Ausländers an dem betreffenden Orte nicht länger als 3 Tage dauert.

§ 5. Die Ortspolizeibehörde (Reviervorstand) hat über die sich an- und abmeldenden Ausländer Listen zu führen, die Namen, Alter, Nationalität, Passnummer und Art des Passes, sowie Tag der Ankunft, Wohnung und Tag der Abreise angeben; Zugänge, Abgänge und Veränderungen dieser Liste sind täglich in den Landkreisen dem Landrat, in den Stadtkreisen dem Polizeipräsidenten (Polizeipräsident, Erster Bürgermeister) mitzuteilen.

§ 6. Die über den Aufenthaltswechsel von Ausländern und ihre periodische Meldepflicht für die Dauer des Krieges erlassenen allgemeinen Bestimmungen bleiben unverändert bestehen.

§ 7. Ausländer, welche den Bestimmungen der §§ 1 und 2 zuwiderhandeln, werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher dem § 3 zuwiderhandelt.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

Betr.: Die Vorverlegung der Stunden während der Sommermonate.

An den Oberbürgermeister zu Gießen, die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises, Großh. Polizeiamt Gießen und Großh. Gendarmerie des Kreises.

Durch die Verordnung des Bundesrats vom 6. ds. Mts. über die Vorverlegung der Stunden während der Zeit vom 1. Mai bis 30. September 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 243) wird die Zeit während der Monate Mai bis September, also während der Geltungsdauer des Sommerfahrplans der Eisenbahn, um eine Stunde vorverlegt. Demgemäß empfehlen wir Ihnen, dafür Sorge zu tragen, daß alle Uhren an den öffentlichen Gebäuden zu der gegebenen Zeit umgestellt werden und die Öffentlichkeit besonders in den letzten Tagen des April durch Beleuchtungen in der Presse, Schule und dergl. auf die Neuverlegung hingewiesen wird.

Etwasigen Versuchen, die Wirkung der Neuverlegung durch Verlegung der Geschäftszeit, der Polizeistunde und dergl. abzuschwächen oder aufzuheben, ist mit allem Nachdruck entgegenzutreten.

Gießen, den 20. April 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

Betr.: Unfalluntersuchung; hier: Teilnahme der Versicherungsämter.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises

und das Großh. Polizeikommissariat Arnstadt.

Wir machen Sie auf genaue Beachtung unseres Ausschreibens vom 26. August 1913 aufmerksam und erwarten, daß Sie uns rechtzeitig von den von Ihnen anberaumten Terminen zur Unfalluntersuchung Kenntnis geben.

Gießen, den 18. April 1916.

Großherzogliches Kreisamt (Versicherungsamt) Gießen.

J. B.: Langermann.

Betr.: Krankenversicherung der unständig Beschäftigten.

An die Großh. Bürgermeistereien der örtlichen Melde- und Zahlstellen der Allgemeinen Ortskrankenkasse und der Landkrankenkasse des Landkreises Gießen.

Die unständig Beschäftigten haben sich selbst behufs Eintragung in das Mitgliederverzeichnis der allgemeinen Ortskrankenkasse oder, sofern sie vorwiegend in der Landwirtschaft beschäftigt sind, in das Mitgliederverzeichnis der Landkrankenkasse anzumelden. Die Meldungen der unständig Beschäftigten haben bei den Meldestellen der beiden Krankenkassen in den Gemeinden des Kreises zu geschehen.

Die Großherzoglichen Bürgermeistereien und die Ausgabestellen für Quittungskarten haben, worauf wir ausdrücklich hinweisen, nach § 144 Abs. 2 R.G.B. die Pflicht, den zuständigen Krankenkassen jeden Versicherungsplichtigen zu melden, der unständig beschäftigt und nicht schon Mitglied einer Krankenkasse ist.

Gießen, den 18. April 1916.

Großherzogliches Kreisamt (Versicherungsamt) Gießen.

J. B.: Langermann.

Betr.: Fleischbeschau, hier: Abrechnung für 1915 M.

An die Großh. Bürgermeistereien und die Herren Gemeinderat der Landgemeinden des Kreises.

Bezugnehmend auf unsere Verfügung vom 18. März 1905 — Kreisblatt Nr. 39 — beauftragen wir Sie, die Abrechnung für das M. 1915 bis längstens 15. f. Mts. vorzulegen. Der Abrechnung, die in zweifacher Ausfertigung einzusenden ist, sind die zugehörigen Einnahme- und Ausgabebelege beizufügen.

Gießen, den 19. April 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Hemmerde.

Bekanntmachung.

Betr.: Fleischversorgung.

Unter Hinweis auf Ziffer III. der Bekanntmachung Gr. Ministeriums des Innern vom 8. April 1916 (Kreisbl. Nr. 34) machen wir darauf aufmerksam, daß die Verladung von Fleisch- und Fleischwaren aller Art aus dem Kreise Gießen ohne unsere Genehmigung verboten ist. Wir genehmigen im voraus lediglich die Verladung von Fleischwaren an Angehörige, die beim Feldheere oder der Marine stehen, sobald gemäß Ziffer III. Abs. 3 die Reichsfleischstelle diesen Verkehr geregelt hat.

Die Gr. Bürgermeistereien wollen dies ortsfällig bekannt machen und den Befolg überwachen.

Gießen, den 20. April 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langermann.

Betr.: Fleischversorgung; hier: die Ausfuhr von Wild.

Wild in zerlegtem und unzerlegtem Zustand ist als Fleisch anzusehen, dessen Ausfuhr aus dem Großherzogtum verboten ist.

Die Großh. Bürgermeistereien wollen auswärtige Jagdpächter hierauf hinweisen. Die Verwertung des geschossenen Wildes hat also in Hessen zu erfolgen.

Gießen, den 22. April 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen. J. B.: Langermann.